Statement zu den geplanten Jugend-Protesten am 20.11.2026

„Versammlungsfreiheit schützen statt pauschalieren“

PolizeiGrün mahnt zu rechtsstaatlicher Differenzierung und kritisiert die Äußerungen des hessischen Innenministers Roman Poseck

Die Äußerungen des hessischen Innenministers Roman Poseck im Zusammenhang mit den Vorkommnissen vom 31. Oktober 2026 geben Anlass zur Kritik. In den Tagesthemen stellte Poseck die Frage, ob die u.a. für den 20. November angekündigten Demonstrationen im Lichte der Ausschreitungen genehmigt werden könnten. Zugleich verwies er auf vermeintlich migrantische und linksextremistische Milieus als mutmaßliche Verantwortliche.

Für PolizeiGrün ist klar: Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut in unserer Demokratie. Sie gilt ausdrücklich auch für politische Positionen, die unbequem sind oder auf Widerspruch stoßen. Einschränkungen bis hin zu einem Verbot von Versammlungen unterliegen deshalb hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen. Erforderlich ist eine konkrete Gefahrenprognose, die nachvollziehbar darlegt, welche Gefahren zu erwarten sind und weshalb diese nicht durch mildere Mittel, etwa entsprechende Auflagen oder polizeiliche Maßnahmen, abgewendet werden können. Eine bloße Vermutung reicht dafür nicht aus.

Dabei ist eine differenzierte Betrachtung der Ereignisse unerlässlich. Wenn sich eine große Mehrheit friedlich versammelt und einzelne Personen oder Gruppen Straftaten begehen, darf daraus keine pauschale Bewertung der gesamten Versammlung abgeleitet werden. Ebenso müssen Straftaten, die im Anschluss an eine Demonstration begangen werden, den tatsächlichen Verantwortlichen zugeordnet werden. Die individuelle Verantwortung darf nicht durch pauschale Zuschreibungen ersetzt werden.

Aufgabe der Polizei ist es, die Versammlungsfreiheit zu schützen und zu gewährleisten.

Dazu gehört, friedlich Demonstrierenden die Ausübung ihrer Grundrechte zu ermöglichen und sie vor Störungen und Gewalt zu schützen. Gegen Straftäter muss konsequent und rechtsstaatlich vorgegangen werden. Beides gehört zum professionellen polizeilichen Auftrag.

Kritisch sehen wir auch die pauschale Bezugnahme auf sogenannte „migrantische Milieus“. Wer für die Aufklärung von Straftaten Verantwortung trägt, sollte sich auf konkrete Tatverdächtige, Beweise und individuelle Tatbeiträge konzentrieren. Die Zuschreibung von Verantwortung zu gesellschaftlichen Gruppen anhand einer vermeintlichen Herkunft ist weder sachgerecht noch hilfreich. Sie droht, Menschen auszugrenzen und gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen. Gerade von einem Innenminister erwarten wir, dass er zur Integration und zum gesellschaftlichen

PolizeiGrün e.V.
c/o Bundesgeschäftsstelle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Zusammenhalt beiträgt, statt mit pauschalen Begriffen ein „Wir“ und „Die“ zu konstruieren.

Auch die politische Debatte muss sich an rechtsstaatlichen Maßstäben orientieren. Von Roman Poseck als ehemaligem Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs erwarten wir eine besondere Sensibilität für die Bedeutung und den Schutz der Grundrechte. Die öffentliche Infragestellung angekündigter Demonstrationen darf nicht den Eindruck erwecken, die Ausübung eines Grundrechts stehe unter einem allgemeinen Vorbehalt politischer Zweckmäßigkeit.

PolizeiGrün steht für eine starke, professionelle Polizei und den Schutz von Bürger*innenrechten. Dazu gehört auch, polizeiliches Handeln kritisch zu begleiten. Sachliche Kritik ist legitim, notwendig und trägt dazu bei, unsere Kolleg*innen bei ihrer wichtigen Arbeit zu stärken.

Mit Blick auf die kommenden Versammlungen gilt unser Dank allen Polizeibeamt*innen, die unter anspruchsvollen Bedingungen für die Sicherheit aller Beteiligten und die Wahrung der Grundrechte Verantwortung tragen. Wir wünschen ihnen einen ruhige Einsatzverläufe und vor allem einen sicheren Dienst.

Der Vorstand
Berlin, 11.11.2026

POLIZEIGRÜN

PolizeiGrün e.V.
c/o Bundesgeschäftsstelle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin